

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 16. September 2020 · Nr. 215 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



IMAGO

China fischt auf allen Weltmeeren

Im Südchinesischen Meer, vor Westafrika und angeblich heimlich vor Nordkorea – chinesische Fischereiboote segeln auf der ganzen Welt (im Bild auslaufende Schiffe in Shishi im Südosten des Landes). Laut Welternährungsorganisation sind bereits 90 Prozent der Fischbestände ausgeschöpft. Mit ihrer Flotte markieren die Chinesen auch Präsenz in Gebieten, wo Peking territoriale Ansprüche erhebt. *International, Seite 4, 5*

ANZEIGE

VALUES WORTH SHARING

«Auf die LGT kann ich mich verlassen – auch in schwierigen Zeiten.»

Peter Bollmann, LGT Kunde seit 2009

lgt.ch/values



Private Banking

Sorgen um Grundwasser

Das Zürcher Trinkwasser bekommt dagegen gute Noten

srs. · Laut Messungen im Kanton Zürich hat das Grundwasser den Höchstwert eines problematischen Wirkstoffs vielerorts überschritten. Es ist belastet durch einen Abbaustoff des Pestizids Chlorothalonil, der vom Bund mittlerweile als «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft wird. Aufgrund dieser neuen Beurteilung kam es zu umfangreichen Messungen im ganzen Kanton, deren Ergebnisse am Dienstag gemeinsam von Gesundheitsdirektion und Baudirektion präsentiert wurden. Für die Abbauprodukte gilt nun ein neuer Höchstwert

von 0,1 Mikrogramm pro Liter, was laut Experten an der Grenze des Messbaren liegt. Das Grundwasser ist vielerorts belastet. Bei rund 60 Prozent der Messstellen ist der Höchstwert überschritten worden. Der Baudirektor Martin Neukom plädierte für eine verstärkte Prävention und die Revitalisierung von Flüssen und Bächen.

Der Genuss des Zürcher Trinkwassers sei weiterhin bedenkenlos möglich. Es sei von «guter Qualität», sagte die Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli.

Zürich und Region, Seite 14

Trump feiert sich als Friedensstifter

Israel nimmt Beziehungen mit zwei Golfstaaten auf

Im Weissen Haus sind Abkommen über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie Bahrain unterzeichnet worden. Trotz viel Lob der Beteiligten gibt es zum Vertragsinhalt viele Fragezeichen.

PETER WINKLER, WASHINGTON

Mit einer Feier vor dem Weissen Haus hat sich der amerikanische Präsident Donald Trump am Dienstag, knapp sieben Wochen vor dem Versuch einer Wiederwahl, als Friedensstifter im Nahen Osten feiern lassen. Mit dem israelischen Regierungschef Benjamin Netanyahu und den Aussenministern der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sowie Bahrains besiegelte Trump die sogenannten Abraham-Abkommen. In diesem Namen spiegelt sich der historische Anspruch, den Trump und seine Regierung in den Vereinbarungen sehen wollen: nicht weniger als eine Brücke zwischen den drei monotheistischen abrahamitischen Religionen Christentum, Judentum und Islam.

Bald weitere arabische Staaten?

Die Vereinbarungen zwischen den VAE und Israel auf der einen, zwischen Bahrain und Israel auf der anderen Seite sind vom Weissen Haus als Friedensabkommen propagiert worden, was sie allerdings schlecht sein können, weil die beteiligten Staaten nie im Kriegszustand waren. Sie sind aber Abkommen zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen und haben darum einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert, weil sie der lange schon brüchigen arabischen Einheitsfront gegenüber Israel wohl den Gnadestoss versetzen. Die Palästinenser, die eigentlich Betroffenen, betrachten die Amerikaner unter Trumps Führung als reine Interessensvertreter Israels und haben jede Zusammenarbeit mit deren Plänen verweigert. Sie betrachten das Ausscheren der VAE und Bahrains als Verrat an ihrer Sache.

Worum es dem amerikanischen Präsidenten wirklich ging und wofür die anderen hohen Gäste gern die Staffage bildeten, unterstrich er während eines kurzen Medienauftritts mit Netanyahu. Andere hätten 72 Jahre gebraucht, um zwei Friedensabkommen zustande zu bringen, meinte er vergnügt: «Wir schafften das innert eines Monats.»

Trump verkündete auch, fünf, sechs weitere arabische Staaten seien sehr interessiert an ähnlichen Vereinbarungen und die Betroffenen würden wohl in Bälde unterzeichnen. Namen wollte der amerikanische Präsident dann aber nicht nennen, und es war auch keine nennenswerte arabische Präsenz an der Feier zu sehen. Nicht einmal der Thronfolger der VAE war angereist, der zuvor angekündigt worden war. An seiner Stelle stand «nur» sein Bruder, Aussenminister Sheikh Abdullah bin Zayed bin Sultan Al Nahyan, zur Verfügung. Auch Bahrain hatte seinen Aussenminister

Abdullatif bin Rashid al-Zayani entsandt. Offenbar wollten sich die Herrscherfamilien dann doch nicht völlig vereinnahmen lassen.

Noch viel Ungewissheit

So, wie es am Dienstag aussah, wird noch einiges Wasser unter den Brücken des Potomac durchfliessen, bis einigermaßen Gewissheit herrscht, was die Abkommen tatsächlich enthalten und was sie bewirken können. Bis dahin wird man den blumigen Worten der Beteiligten Glauben schenken müssen. In einem Hintergrundgespräch am Vortag hatte ein hoher Beamter der Regierung klargemacht, dass die Texte der unterzeichneten Abkommen erst eine Weile

In den Abkommen geht es nicht um Frieden

Kommentar auf Seite 9

nach der Feier veröffentlicht würden. Er liess auch durchscheinen, dass das Abkommen zwischen Israel und Bahrain, das erst vor wenigen Tagen angekündigt wurde, rudimentär ist. Um rechtliche Verbindlichkeit zu erhalten, müssen die Verträge auch noch verfassungsmässige und gesetzliche Hürden in Israel und den USA nehmen, gerade was zwei der wichtigsten Punkte im Abkommen zwischen Israel und den VAE betrifft.

Annexionen und F-35

Zum einen muss das israelische Parlament diesem Vertrag als internationalem Abkommen noch zustimmen. Dabei zeichnen sich zwei Punkte ab, die zu grösseren Stolpersteinen anwachsen könnten. Die VAE erwarten offensichtlich von den USA als Kompensation für einen diplomatisch riskanten Schritt Zugeständnisse bei der Lieferung von modernsten Rüstungsgütern, wie F-35-Kampffluggesellschaften zur elektronischen Kriegsführung. Das ist allerdings in Israel ein Reizthema, und es ist keineswegs klar, ob es zu diesen Lieferungen auch wirklich kommt. Auch der amerikanische Kongress wird sich über dieses Geschäft beugen und dabei vor allem das traditionelle Festhalten an der «qualitativen militärischen Überlegenheit» («qualified military edge») Israels gegenüber den arabischen Staaten fest im Blick behalten.

Zudem ist auch noch keineswegs klar, inwieweit, für wie lange und in welcher verbindlichen Form Israel im Gegenzug zur Normalisierung mit den VAE auf die Annexion von Gebieten im Westjordanland verzichtet. Der Aussenminister der Emirate schien seine Worte sorgfältig zu wählen, als er Netanyahu dafür dankte, diese Annexion palästinensischer Gebiete «anzuhalten». Gerüchteweise verlautete, Israel habe sich zu einem vier Jahre langen Moratorium – allenfalls auch in der Siedlungstätigkeit im Westjordanland – verpflichtet, was ein Preis wäre, den wohl nicht alle politischen Kräfte im jüdischen Staat zahlen wollten.